

Praxisbeispiel

Corona-Komplex

(Durchbrechung politischer Blockaden)

Sachverhalt

Die Corona-Pandemie stellte Demokratien weltweit vor ungeahnte Herausforderungen. In dieser Krisenzeit mussten schnell Entscheidungen getroffen werden, die gravierende Auswirkungen auf die Grundrechte der Bürger hatten. Diese beinhalteten Lockdowns, Ausgangssperren, Impfpflicht und Versammlungsverbote, die mit Grundrechten wie Unversehrtheit, Bewegungsfreiheit und Versammlungsfreiheit in Konflikt standen.

Es ging dabei nicht nur um die schnelle Bekämpfung einer Gesundheitskrise, sondern auch darum, wie demokratische Systeme in derartigen Ausnahmesituationen effektiv arbeiten können, ohne die Prinzipien der Demokratie zu gefährden. Die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach selbst von einer „Zumutung für die Demokratie“ und ihr Bundesgesundheitsminister Jens Spahn bat um Verständnis, als er sinngemäß resümierte: „Wir werden einander wahrscheinlich noch viel verzeihen müssen“.

Wie viel Beschleunigung von politischen Entscheidungsfindungen ist noch demokratisch vertretbar, und wie kann man sicherstellen, dass diese dennoch auf einer fundierten und transparenten Grundlage beruhen? Die Corona-Krise verlangte eine Balance zwischen dem Schutz öffentlicher Gesundheit und der Wahrung individueller Freiheiten. Das Problem bestand darin, dass die Regierung in dieser beispiellosen Situation häufig extrem kurzfristig handelte auf Kosten eines regulären gründlichen und öffentlichen Diskurses, was mit einer Vielzahl von politischen Unsicherheiten und Entscheidungsfehlern verbunden war. Dies führte in der Gesellschaft zu Spannungen und Vertrauensverlusten in die politische Führung.

Es stellte sich zudem die Frage, ob Maßnahmen wie Lockdowns und die Einschränkung von Freiheitsrechten legal oder zumindest legitim waren (trotz ihrer teilweise gerichtlichen Bestätigung) und ob die Verhältnismäßigkeit dieser Maßnahmen ausreichend berücksichtigt wurden. Die Gesellschaft zweifelte außerdem zunehmend an der Unabhängigkeit der Wissenschaft und bestimmten Institutionen von der Politik.

Viele Menschen wünschen sich hingegen eine systematische Analyse der Pandemiepolitik, um zu klären:

- Welche Maßnahmen waren wirksam?
- Welche Entscheidungen waren unverhältnismäßig oder hatten unbeabsichtigte Folgen?

- Welche Lehren lassen sich für zukünftige Krisen ziehen?
- Wie können Vertrauen in Politik und Institutionen gestärkt werden?

Dabei geht es nicht nur um die Frage, wer Verantwortung trägt, sondern auch darum, aus Fehlern zu lernen.

Blockade

Weder die nachfolgende Regierung noch die stärkste Oppositionspartei waren willens, die Corona-Pandemie im Rahmen eines Untersuchungsausschusses wirklich aufzuarbeiten. Der Verdacht liegt nahe, dass das an ihrer gemeinsamen Regierungsverantwortung während der Krise lag. Somit kommen beide ihrer parlamentarischen Pflichten wegen dieses Interessenkonflikts nicht nach.

Dass es auf Bundesebene bisher keine umfassende parlamentarische Aufarbeitung gegeben hat, hat mehrere Gründe:

- Unterschiedliche politische Interessen: Die damaligen Regierungsparteien waren selbst an den Entscheidungen beteiligt und haben oft wenig Interesse an einer Untersuchung, die vor allem Fehler hervorheben könnte.
- Uneinigkeit über den Auftrag: Die Parteien sind sich nicht einig, ob der Schwerpunkt auf politischer Verantwortung, wissenschaftlicher Evaluation oder der Vorbereitung auf künftige Krisen liegen sollte.
- Komplexität der Pandemie: Viele Entscheidungen wurden unter erheblichem Zeitdruck und auf Grundlage unvollständiger Informationen getroffen. Im Nachhinein lässt sich oft nur schwer eindeutig beurteilen, welche Alternative besser gewesen wäre.
- Föderalismus: Viele Maßnahmen wurden von den Ländern getroffen. Eine bundesweite Aufarbeitung müsste daher Zuständigkeiten von Bund und Ländern gemeinsam betrachten.
- Polarisierung: Die Corona-Pandemie war gesellschaftlich stark umstritten. Es besteht die Sorge, dass eine Aufarbeitung parteipolitisch instrumentalisiert werden könnte, statt zu einer gemeinsamen Bewertung zu führen.

Der zentrale politische Konflikt besteht darin, wie die Pandemie aufgearbeitet werden soll: Soll der Fokus auf der Klärung politischer Verantwortung liegen (Untersuchungsausschuss) oder auf einer wissenschaftlich fundierten Analyse mit Empfehlungen für die Zukunft (Enquete-Kommission)? Dass bisher keine umfassende bundesweite Aufarbeitung erfolgt ist, liegt vor allem an fehlender politischer Einigkeit über Ziel, Form und Umfang einer solchen Untersuchung. Beide Instrumente hätten unterschiedliche Stärken und könnten sich ergänzen, wenn ein entsprechender politischer Konsens zustande käme.

Lösung

Viele Fachleute sehen eine Enquete-Kommission als geeigneter an, weil die Pandemie nicht nur einzelne Entscheidungen, sondern das Zusammenspiel von Wissenschaft, Verwaltung, Politik, Gesundheitswesen, Bildung und Grundrechtsschutz betrifft. Sie ist besser geeignet, um komplexe gesellschaftliche Fragen umfassend zu untersuchen und entwickelt Empfehlungen für künftige Gesetzgebung und Krisenvorsorge. Andere halten einen Untersuchungsausschuss für notwendig, wenn ein Verdacht auf Fehlverhalten oder Pflichtverletzungen besteht. Er verfügt über weitreichende Befugnisse (z.B. Aktenanforderung, Zeugenvernehmung). Beide Instrumente schließen sich nicht grundsätzlich aus, sondern ergänzen sich.

Zur Aufarbeitung der getroffenen Entscheidungen und Beurteilung des Zusammenspiels von Wissenschaft, Verwaltung, Politik, Gesundheitswesen, Bildung und Grundrechtsschutz ist das Auditorium aufgrund seiner Kompetenz in der Lage, sowohl einen Untersuchungsausschuss als auch eine Enquete-Kommission einrichten lassen. Die aktuellen Verantwortungsträger wären dann verpflichtet, alle relevanten Informationen offenzulegen, statt wie bereits geschehen eine Vielzahl von Abschnitten in internen Dokumenten zu schwärzen und auf die berechtigten Fragen der Gesellschaft zu reagieren.

Damit könnte die bisherige Blockadehaltung der Regierungsparteien überwunden und eine unabhängige, sachorientierte Aufarbeitung ermöglicht werden. Zugleich würde das inzwischen zu lange andauernde Informationsvakuum beendet und die notwendige Transparenz geschaffen, um verloren gegangenes gesellschaftliches Vertrauen in die Politik schrittweise wiederherzustellen. Eine Eskalation im auditiven Sinne wäre hinfällig.